Das heißt durchaus nicht, daß es keine „Stabilisierung" gibt. Die Beschlüsse der Exekutive sind vollkommen richtig.

Aus einen Groschen Stabilisierung, für einen Rubel Bolschewisierung bedeutet folgendes: Die wirtschaftliche Stabilisierung des Kapitalismus ist sehr relativ. Man darf sie nicht ignorieren man muß sie zwecks einer richtigen Politik des Proletariats in Rechnung stellen. Alle Beschlüsse der jüngsten Tagung der Erweiterten Exekutive in der Frage der Stabilisierung sind **vollkommen und unbedingt richtig**. Aber diese Beschlüsse **weisen gerade darauf hin, daß auch bei der Stabilisierung der Kapitalismus selbst mit jedem seiner Schritte für die Schaffung einer Lage sorgt, die objektiv die Bolschewisierung fördert. Bolschewisierung — das sind nicht nur Thesen über Bolschewisierung, nicht nur gute bolschewistische Schriften. Bolschewisierung — das sind die Ereignisse in China. Bolschewisierung — das ist die Annäherung der englisch-russischen Gewerkschaften. Bolschewisierung — das ist das Anwachsen des Einflusses der englischen Kommunistischen Partei. Bolschewisierung — das ist die wachsende Unzufriedenheit aller französischen Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtungen, gegen den Krieg in Marokko. Bolschewisierung — das ist die gemeinsame, im Weltmaßstabe verzweigte Arbeit aller bewußten Anhänger der proletarischen Revolution an der Stählung der Proletarier, die die welthistorische Mission gegen den Kapitalismus zu erfüllen haben. Bolschewisierung — das ist die Organisierung der Kräfte der proletarischen Avantgarde, damit sie imstande ist, nicht nur die ganze Arbeiterklasse, sondern auch die unterdrückten Völker der Welt, die die Fesseln des Imperialismus abschütteln und nach Freiheit streben, hinter sich zu führen.**

Die gegenwärtige Lage in Europa wird durch folgende sechs Tatsachen gekennzeichnet:

1. Höchster revolutionärer Aufschwung in China, der bereits das Stadium des allgemeinen Streiks erreichte.

2. Krieg in Marokko, der bereits beginnt, selbst die Arbeiter, die den menschewistischen Sozialisten folgen, auf die Beine zu bringen.

3. Steigen der Arbeitslosigkeit in England, das bereits zu großen Demonstrationen der Arbeitslosen und zur Einberufung — unter beträchtlichem Einfluß der englischen Kommunistischen Partei — eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses führte.

4. Beginn einer großen finanziellen Krise in Deutschland, die bereits zum Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns führte. (Der bevorstehende Beginn der Zahlungen nach dem Dawesplan wird diese Krise verschärfen.)

5. Schleichende finanziell-wirtschaftliche Krise in Frankreich, einem Lande, das im imperialistischen Kriege gesiegt hat und im wesentlichen denselben Weg durchmacht, den die besiegten Länder durchgemacht haben.

6. Rasches Anwachsen der Wirtschaft und reiche Ernte in der Sowjetunion.

Wenn man noch hinzufügt, daß seit Beendigung der Tagung der Erweiterten Exekutive noch solche Ereignisse stattgefunden haben, wie die Wahl Hindenburgs, das Verschwinden der Regierung Herriot, die Ereignisse in Bulgarien, das Hin und Her um den sogenannten Garantiepakt, dann wird es klar, daß alle Hinweise der Erweiterten Exekutive der Komintern über die Grenzen der Stabilisierung, über die Relativität der Stabilisierung des Kapitalismus vollkommen gerechtfertigt sind.

Kriegskredite für Marokko

Ablehnung durch die Sozialisten?

(TU.) **Berlin, den 6. Juli.** Wie der „Montag" aus Paris meldet, wird im Verlaufe dieser Woche der Kammer ihr neues Kreditbegehren für Marokko vorlegen. Nach den Blättern gilt jetzt schon als feststehend, daß die Sozialisten diese Kredite ablehnen werden.

Renaudel für die Offensive gegen Marokko

Paris. Die militärische Lage auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz sieht für die französischen Imperialisten nach ihren eigenen Armeeberichten sehr ernst. Die aus Marokko zurückgekehrte Parlamentsdelegation hat in einer Sitzung der Armeekommission erklärt, eine Offensive sei dringend notwendig, weil der Angriff im Partisanenkrieg weniger kostspielig sei als eine abwartende Haltung; außerdem müsse ein besonderer, vom Generalresidenten Lyauten unabhängiger Militäroberbefehlshaber ernannt werden. Als Vertreter der Sozialdemokraten unterstützte Renaudel diese Auffassung und trat gleichfalls für die energische, offensive Weiterführung der begonnenen militärischen Operationen ein. Der Krieg in Marokko müsse unter allen Umständen schnell beendet werden. Unter der Voraussetzung einer Offensive müßten dann Friedensverhandlungen eingeleitet werden.

Die KPF. fordert den Generalstreik gegen den Krieg

(TU.) **Paris, den 6. Juli.** Der kommunistische Arbeiter- und Bauernkongreß ist gestern nach zweitägiger Beratung zu Ende gegangen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der die gesamte Arbeiterschaft Frankreichs in den nächsten Tagen aufgefordert werden soll, wegen des Marokkounternehmens den Generalstreik aufzunehmen. Ein Exekutivkomitee von 150 Mitgliedern soll mit der Vornahme der Aufgaben beauftragt werden. Außerdem ist eine Entsendung einer Untersuchungskommission nach Marokko beschlossen worden. Morgen wird sich eine Abordnung zu Painleve begeben.

Polnischer Ueberfall auf die Sowjetgrenze

(OE.) **Charkow, den 6. Juli.** An der polnisch-russischen Grenze bei Lepaschenka (Sowjetukraine), hat sich ein ernster Zwischenfall ereignet. Nach den hier vorliegenden Mitteilungen kamen zwei polnische Offiziere zum russischen Grenzwachtposten Nr. 8 und forderten von dem Wachthabenden die sofortige Auslieferung eines geflüchteten Deserteurs, widrigenfalls sie „die Feindseligkeiten eröffnen würden." Die Antwort des russischen Wachtführers, daß ihm von dem ganzen Vorfall nichts bekannt sei, hätten sie nicht gelten lassen und darauf mit 120 Mann Infanterie und 20 Kavalleristen die Grenze überschritten. Die Russen hätten nach einem Feuergefecht flüchten müssen, nachdem der Wachtführer verwundet und das Wachthaus von den Polen verbrannt worden war. Eine zweite Grenzüberschreitung hätte sich gleich darauf nochmals ereignet. Die Erregung der Bevölkerung im Grenzbezirk ist groß, zumal die Polen wiederholt erklärt haben sollen, „der Krieg stehe vor der Tür".

Her mit der Generalamnestie!

In der deutschen Republik wird die Justiz als eine den politischen Zwecken der Bourgeoisie untergeordnete Tätigkeit gehandhabt, indem sie einseitig gegen alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse um bessere Lebensbedingungen vorgeht. Während Faschisten und Reaktionäre den Staat, das schaffende Volk und Angehörige linksgerichteter Parteien fast straflos bekämpfen können, ja selbst viele Morde ungesühnt begehen konnten, werden Arbeiter und linke Politiker schon beim geringsten Anlaß zu jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt.

Für die deutsche Justiz gilt nicht der Grundsatz der „Gerechtigkeit", sondern **der Grundsatz der Vernichtung der politischen Interessenvertretung der Arbeiterklasse.** Nicht nur die Urteilsfällung geschieht nach diesem letzteren Grundsatz, sondern alle Organe der Justiz sind in dieser Richtung tätig, wie besonders der große Leipziger Spitzelprozeß enthüllt hat. Die Polizei nimmt Untersuchungshandlungen vor, die mit den gesetzlichen Bestimmungen im krassen Widerspruch stehen. Im Untersuchungsverfahren werden Methoden angewandt — Drohung mit der Hinrichtung, Versprechung milden Urteils, bezahlte Spitzel — die im schreienden Gegensatz zur Strafprozeßordnung stehen. In der Hauptverhandlung werden Beweisanträge mit gesetzwidriger Begründung abgelehnt, Verteidiger durch Polizei entfernt. **Das sind Vorgänge, die keinen Zweifel mehr lassen, daß die Justiz nur den Zweck verfolgt, die politischen Gegner der Bourgeoisie zu vernichten.**

Angesichts dieser Tatsachen ist die Amnestie der politischen Gefangenen zu einer selbstverständlichen und berechtigten Forderung für alle werktätigen Schichten der Bevölkerung bis hinein ins Bürgertum geworden.

Die Reichstagung „Rote Hilfe Deutschlands" fordert deshalb die Generalamnestie nach folgenden Gesichtspunkten:

I. Es wird Straffreiheit gewährt:

1. allen strafrechtlich Verfolgten und Verurteilten, die teilgenommen haben

a) im Jahre 1918 und 1919 an der **Staatsumwälzung** und den sich daran anschließenden Kämpfen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Charakters bis zur Errichtung der neuen Staatsform, der demokratischen Republik;

b) im Jahre 1919 an den Bewegungen und Kämpfen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Charakters, die sich gewendet haben gegen die neu errichtete Staatsform der demokratischen Republik;

c) im Jahre 1920 an der Abwehr des Kapp-Putsches und den sich daran anschließenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kämpfen, sowie an den Vorbereitungen in Erwartung eines solchen Putsches;

d) im Jahre 1921 an der sogenannten **Märzaktion**, ihrer Vorbereitung und ihren nachwirkenden Bewegungen und Kämpfen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Charakters;

e) im Jahre 1923 an Bewegungen, Ausständen, Unruhen und Kämpfen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Art anläßlich der Ruhrbesetzung und der sich aus dem plötzlichen Abbruch des passiven Widerstandes ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen;

f) im Herbst 1923 an der **Abwehr** des von München aus für das ganze Reich geplanten Umsturzes und der sich im Winter 1923/24 daran anschließenden hochverräterischen Unternehmungen mit ihren wirtschaftlichen, militärischen und politischen Auswirkungen;

g) vom Jahre 1918 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes an Bewegungen und Unruhen, die verursacht wurden durch Teuerung, Hungersnot, Inflation, Stillegung der Produktion, Arbeitslosigkeit und gleichartige soziale Erscheinungen;

2. allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie während des Ausnahmezustandes auf Grund von Verordnungen des Reiches und der Länder sowie ihrer beauftragten Organe (Wehrkreiskommandos, Oberpräsidenten, Reichspräsidenten), die Verbote erließen gegen die Kommunistische Partei, gegen die Kommunistische Jugend, gegen die Bildung von Hundertschaften, gegen die Kontrollausschüsse der Produktion und des Handels, gegen die Betriebsräte, gegen Versammlungen, Konferenzen, Kongresse, Arbeitertage, Plakate, Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften sowie alle diejenigen, die wegen Beteiligung an Kämpfen, Demonstrationen, Umzügen gegen ihre politischen Gegner verurteilt sind;

3. allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten, die den unter 1 und 2 aufgeführten Handlungen aufgefordert, angereizt oder im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung sich eines Pressevergehens schuldig gemacht haben.

II. Ferner sind zu amnestieren:

a) die von Militärgerichten, Kriegsgerichten und Sondergerichten wegen politischer Vergehen verurteilten Personen;

b) alle wegen militärischer Vergehen in und nach dem Kriege Verurteilten oder noch strafrechtlich Verfolgten.

Schwebende Verfahren sind niederzuschlagen, verhängte Strafen, rückständige Geldbußen und Kosten sind zu erlassen.

Vermerke, auch über bereits verbüßte Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, sind im Strafregister zu löschen.

Verlangt von den Gemeindevertretern, daß die Amnestiefrage sofort auf die Tagesordnung gestellt wird und zur Verhandlung kommt!

Es ist keine Zeit zu verlieren, die Forderung nach Generalamnestie mit allem Hochdruck zu betreiben!

In kurzer Zeit muß es gelingen, Millionen von Unterschriften der Reichsregierung zuzustellen, um ihr den Willen der arbeitenden Bevölkerung **nach Befreiung ihrer Klassengenossen aufzuzwingen!**

Pflicht eines jeden Proletariers ist es, mit seiner ganzen Person für das Gelingen einzutreten.

Orte, in denen noch keine Listen vorhanden sind, erhalten solche sofort auf Anforderung durch

Bezirksvorstand der RH., Dresden, Seilergasse 5. I.

Unterzeichnet die Listen der Amnestieforderung!

Englisch-russische Spannung

Abbruch der Beziehungen

TU. meldet: Die „Montagpost berichtet aus London: In den englisch-russischen Beziehungen, die durch die Zwischenfälle in China und die russische Agitation in England sehr getrübt worden sind, soll jetzt ein ganz besonders kritischer Punkt eingetreten sein, so daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Erwägung gezogen wird.

Die englischen Imperialisten drängen also immer stärker auf eine Auseinandersetzung mit Sowjetrußland. Das wird verständlich, wenn man erfährt, daß in China die Verhandlungen gescheitert sind.

Von anderer Seite erfahren wir dazu:

„Daily News" glaubt, daß Großbritannien **Schritte gegen Moskau** wegen der Propaganda Sowjetrußlands in China unternehmen werde.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" erklärt von neuem, daß die gegenwärtige diplomatische Lage zwischen Großbritannien und der Sowjetregierung **schwerlich so bleiben könne,** wie sie gegenwärtig ist. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: die Regierung werde am Montag im Oberhaus, wo Lord Oxford und Asquith die Debatte über die Außenpolitik einleiten werde, nicht nur über den Sicherheitspakt, sondern auch über die Lage in Ostasien sowie auch **wahrscheinlich über die Beziehungen zu Moskau Erklärungen abgeben.**

(OE.) Die „Iswestija" polemisieren in einem offiziösen Leitartikel gegen die aggressive Politik Englands. Auf Lord Birkenheads bekannte Rede gegen den Bolschewismus sei sogleich ein Vorstoß gegen die Sowjetregierung gefolgt, nämlich die durch die von englischen Beamten in Honkong vollzogene Verhaftung des russischen Vertreters des Naphthasyndikats Dosser, wodurch die Sowjetregierung beleidigt und herausgefordert werde. Das Blatt warnt England vor den Konsequenzen eines Bruches, die unabsehbar seien.

Stresemann in der Antisowjetfront gebunden

„DAZ." meldet aus Paris:

Der „Temps" betont, daß die **französisch-englische Einheitsfront** gegenüber Deutschland auf alle Fälle gesichert bleibt, und fügt hinzu: Es scheint jedoch kaum zweifelhaft zu sein, daß sich Stresemann bereits vollkommen **im Sinne einer Verständigung festgelegt hat.** Er ist durch seine bisherigen Taten gebunden. An dem Tage, da er das **Londoner Abkommen über den Dawes-Plan** abgeschlossen hat, hat er sich in Wirklichkeit der „Politik der Entspannung" angeschlossen.

Die Stunde sei für Deutschland gekommen, **zwischen einem deutsch-russischen Block und einem europäischen Block zu wählen.** Alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß Stresemann **die Wahl bereits getroffen** und sich für den Westblock entschieden habe. Aber die große Schwierigkeit für ihn bestehe darin, die Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes für diese Politik zu erhalten.

Amerikas Segen für den Antisowjetpakt

In einer Rede sagte Präsident Coolidge, die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten für Sicherheitsverträge zur Erhaltung des Friedens in Europa zu. Mit diesem Versprechen verband er den Hinweis, daß man nur unter dieser Voraussetzung von Amerika eine weitere Mitarbeit an dem finanziellen Wiederaufbau der Alten Welt erwarten könne.

Die drohende Lage in England

London, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Swales, der Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsrates, erklärte in seiner Rede über die Arbeitslosigkeit, wenn nicht etwas geschehe, um der Arbeiterschaft zu helfen, so wird England im kommenden Winter einen Volksaufstand erleben. Die Gewerkschaften würden sich für diesen Fall bereit halten. Er müsse sich wundern, daß die Arbeiterschaft die Dinge noch verhältnismäßig so ruhig hinnehme.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale an den Pariser Arbeiterkongreß

Moskau. (Inprekorr.) Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale sendet folgende Begrüßung an den Arbeiterkongreß des Pariser Bezirkes:

„Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale grüßt die Vertreter des Proletariats, die auf dem Arbeiterkongreß des Pariser Bezirkes zusammengekommen sind und stellt mit Befriedigung fest, daß den sozialdemokratischen Führern zum Trotz die verschiedenen Arbeiterorganisationen am Kongreß teilnehmen. Es beglückwünscht die Organisatoren des Kongresses zu den bereits erzielten Resultaten in der Herstellung der Einheitsfront gegen den Marokkokrieg, der nur vom französischen Imperialismus verlangt wird, und ersucht die Teilnehmer des Kongresses, auf die schnelle Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit hinzuarbeiten. Es lebe der Arbeiterkongreß des Bezirkes Paris! Nieder mit dem Marokkokrieg! Es lebe die Aktionseinheit der Arbeiterklasse!"

Rußland protestiert gegen die polnischen Bandenüberfälle

Moskau, 6. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Tschitscherin richtet an den polnischen Gesandten einen Protest gegen die Grenzüberfälle von polnischem auf russischem Gebiet am 28. Juni und 1. Juli. Er fordert darin sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Grenzsicherheit und die Bildung einer gemischten paritätischen Kommission zur Untersuchung der Zwischenfälle. Gleichzeitig behält er sich das Recht vor, Schadenersatzansprüche zu stellen.

Belgien für Anerkennung Rußlands

Brüssel, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vandervelde, der belgische Außenminister, äußerte sich über Sowjetrußland. Seiner Meinung nach müßten die Verhandlungen mit Sowjetrußland weitergeführt werden und die rechtliche Anerkennung diesen Verhandlungen folgen. Dabei dürfte man drei Dinge nicht vergessen: 1. daß Belgien ein gewisses Interesse an dem Rußland der Vergangenheit hätte, 2. daß Belgien die Haltung Sowjetrußlands gegen die georgische Republik nicht vergessen könne, 3. daß es unmöglich sei, im Interesse des Weltfriedens demgegenüber indifferent zu bleiben, was sich in Sowjetrußland ereignet habe.

Der preußische Fiskus kauft Wald von Stinnes

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der amtliche Pressedienst bestätigt, daß der preußische Forstfiskus dem Stinnesprivatkonzern 10 000 Morgen Forst im Regierungsbezirk Köslin abgekauft habe. Er rechtfertigt sich damit, daß der Fiskus diese Forsten zur Abrundung seines eigenen Besitzes jetzt billig habe kaufen können. Der Kaufpreis wird nicht bekannt gegeben. Aus bürgerlichen Blättern ergibt sich weiter, daß es sich bei dem Hofgeländekauf des preußischen Staates vom Stinneskonzern um umgebaute Ackerlandstücke, auf denen nur einige Holzschuppen stehen, im Köpenicker Arrondierungsplan handelt.